

L AKTUELL

LINKSDRUCK

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

20./21. März 2013

STARTGEDANKEN

Gefährliche politische Naivität

Ausgerechnet die Liberalen stellen sich gegen ein NPD-Verbot? Ausgerechnet die FDP zwingt die Kanzlerin, keinen eigenen Antrag zu stellen? Sicher: Mit dem Verbot der NPD ist das rechtsextreme Gedankengut weder aus den Köpfen ihrer Mitglieder noch aus der Gesellschaft insgesamt verschwunden. Die Stärke von Demokra-

tie und humanistischer Gesinnung muss sich darin erweisen, dass sie Menschen überzeugt und umstimmt - in der Bewertung von Problemen und deren Ursachen wie in der Wahl der Mittel zu ihrer Lösung. Doch die NPD verachtet die Demokratie. Sie will die Probleme nicht lösen, sondern sie missbraucht sie als Vehikel ihrer Mobilisierung gegen die Grundlagen unseres Gemeinwesens. Und genau das führt zum Verbotsverfahren. Wer darin - wie FDP-

Chef Rösler - nur „Dummheit“ sieht, die man nicht verbieten könne, der handelt weder liberal noch politisch verantwortungsbewusst, sondern offenbart unglaubliche politische Blindheit und gefährliche politische Naivität.

Christian Görke
Fraktionsvorsitzender



Gesunde Ernährung für alle!



Der Weltverbrauchertag war Anlass für eine Aktuelle Stunde im Landtag: Pferdefleisch in Fertiggerichten, falsch ausgewiesene Bio-Eier und vergifteter Futtermais - die vergangenen Wochen haben den Verbraucherschutz in den Fokus der öffentlichen Diskussion gebracht. Für die rot-rote Landesregierung ist ein umfassender Verbraucherschutz ein zentrales Anliegen. Verbraucher_innen müssen starke Rechte gegenüber den Konzernen haben und alle Möglichkeiten erhalten, sich zu informieren. Sie sind zudem vor unsicheren Produkten und Lebensmittelpanscher_innen zu schützen - durch Selbstkontrollverpflichtungen der Betriebe

ebenso wie durch staatliche Kontrollen. Für DIE LINKE ist ganz wichtig: Gesunde Lebensmittel und Informationsrechte stehen allen zu - unabhängig vom Geldbeutel. 2012 hat die Landesregierung unter Federführung von Verbraucherschutzministerin Anita Tack (DIE LINKE) erstmals eine umfassende verbraucherpolitische Strategie verabschiedet - ressortübergreifend und nach umfassender Bürger_innenbeteiligung. Darin sind Ziele und Maßnahmen für die nächsten Jahre definiert. Trotz aller Unkenrufe: Brandenburg ist im Verbraucher_innenschutz gut aufgestellt. Das haben gerade auch die aktuellen Skandale gezeigt: Das Krisenmanagement

hat gut funktioniert, die Probenentnahme und Sicherstellung verdächtigter Ware war schnell gewährleistet, das Zusammenspiel der Behörden und die schnelle und umfassende Information der Bevölkerung verliefen reibungslos.

DIE LINKE möchte Informationspflichten und Transparenz in der Lebensmittelwirtschaft weiter verbessern. Das scheitert immer wieder an Bundesministerin Ilse Aigner (CSU), die notwendige gesetzliche Regelungen auf EU- und Bundesebene blockiert. Erdbeeren aus China, Fleisch aus Rumänien auf Rundreise durch halb Europa, Futtermais aus Serbien - derartige Warenströme sind nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern öffnen auch Tür und Tor für Missbrauch. Auch die Verbraucher_innen können etwas bewirken - indem sie zunehmend auf regional produzierte Lebensmittel setzen. Das möchten wir unterstützen und damit gleichzeitig die regionale Wertschöpfung im ländlichen Raum stärken.

René Kretzschmar
Sprecher für
Verbraucherschutz



Hochschullandschaft wird vielfältiger

In Brandenburg gibt es über Parteigrenzen hinweg seit Langem den Wunsch, an der Potsdamer Universität die jüdische Theologie zu institutionalisieren. Damit wäre Brandenburg bundesweit Vorreiter für eine universitäre Ausbildung von Rabbinern_innen und Kantor_innen. Die Grundlage dafür hat der Landtag jetzt, auch mit den Stimmen der LINKEN, mit der Änderung des Hochschulgesetzes des Landes Brandenburg geschaffen. Neu aufgenommen wurde ein Passus, der bekenntnisgebundene Professuren und die Einrichtung theologischer Studiengänge ermöglicht. Die dafür benötigten finanziellen Ressourcen sind bereits von der rot-roten Koalition im Haushalt 2013/2014 zur Verfügung

gestellt worden. Der Gründung der „School of Jewish Theology“ steht damit nichts mehr im Wege. Diese Einrichtung trägt nicht nur zur weiteren Profilierung der Universität Potsdam und des Wissenschaftslandes Brandenburg bei, sondern bereichert auch das jüdische Leben in Deutschland.

Peer Jürgens
Sprecher für
Wissenschafts- und
Forschungspolitik



Kriminalitätsstatistik 2012 - zur Lage in Brandenburg



Ein Rückgang bei den Straftaten und ein Anstieg der Aufklärungsquote - zugleich aber mehr Wohnungseinbrüche: Das sind die wichtigsten Aussagen der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2012. Öffentliche Sicherheit ist und bleibt ein sensibles Thema. Objektiv betrachtet ist die Wahrscheinlichkeit für den Einzelnen, in Brandenburg Opfer einer Straftat zu werden, vergleichsweise gering. Trotzdem muss

sich jede_r darauf verlassen können, dass in einer Notsituation die Polizei bereit ist, entsprechend einzugreifen. Denn: Die Polizei kann und soll nicht überall sein. Aber sie muss so aufgestellt sein, dass sie einen starken Verfolgungsdruck entwickelt und im Notfall schnell zur Stelle ist. Insgesamt betrachtet besteht kein Grund zur Panik, wie sie insbesondere von der CDU verbreitet wird. Die grenzübergreifende Kriminalität bleibt ein Dauerbrenner, auch wenn es erste kleine Erfolge gibt. Eine enge und stabile Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn muss ein dauerhafter Faktor bei der Kriminalitätsbekämpfung sein. Allerdings ist die grenzüberschreitende Kriminalität nur ein Schwerpunkt der

Kriminalität in Brandenburg. Die Zahl der Straftaten ist auf 195146 Vorfälle, den niedrigsten Stand seit 1994, gesunken, die Aufklärungsquote ist auf 53,3 Prozent deutlich gestiegen. Sorgen müssen uns aber die Zahlen der Diebstähle aus Wohnungen und Einfamilienhäusern machen. Diese sind zum Teil deutlich gestiegen. Bei 5228 Einbrüchen wurden 1677 Tatverdächtige ermittelt. Hier ist insbesondere das Berliner Umland betroffen. Zu beachten ist dabei, dass die Polizei erst seit 2011 in den neuen Strukturen arbeitet. Und es ist normal, dass diese strukturellen Veränderungen auch mit entsprechenden Einschränkungen verbunden waren. Zudem zeigt die aktuelle Entwicklung, dass sich die Polizei auf immer neue Kriminalitätsphänomene einstellen muss. Mit der für 2014 geplanten Evaluierung der Polizeireform wird die Frage verbunden sein, ob mit dem geplanten weiteren personellen Abbau die Aufgabe erfüllt werden kann, landesweit zuverlässig die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Der Landtag hat mit seinem Begleitbeschluss zur Polizeireform vorgegeben, dass die Polizeipräsenz in der Fläche des Landes aufrechtzuerhalten ist. Es sollen genauso viele Streifen unterwegs sein wie bisher. An diesen Maßstäben muss sich die Reform messen lassen.

DIE LINKE-Fraktion: Ringen bleibt Thema



Wir bleiben dran: Damit das Ringen olympische Disziplin bleibt, kamen am Freitag (8. März) der sportpolitische Sprecher Dieter Groß (3.v.l.) und unsere Wahlkreisabgeordnete aus Teltow-Fläming, Kornelia Wehlan (4.v.l.), mit den Vertreter_innen der

Sportschule in Luckenwalde zu Beratungen zusammen. Der Landtag hatte sich Ende Februar, auch auf Initiative von Kornelia Wehlan aus der Ringerstadt Luckenwalde, mit großer Mehrheit zum Erhalt des Ringens als olympische Sportart bekannt.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Sprecher für Innenpolitik



NACHGEFRAGT

Rechtsextremismus in Brandenburg im Visier

Interview mit **Bettina Fortunato** · Sprecherin für 'Tolerantes Brandenburg'

» Welche Erkenntnisse konnte DIE LINKE aus der Antwort der Landesregierung (DS 5/ 6837) auf ihre Großen Anfrage zum Thema „Aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus im Land Brandenburg“ ziehen?

Die Denkweise und Art und Weise des Auftretens der Rechten haben sich über die Jahre verändert. Anfangs der pure Hass auf Ausländer, der sich in plumpen Parolen und Morden äußerte, sind es nunmehr vorrangig so genannte freie Kräfte, die in Brandenburg den größten Teil der Rechtsextremen ausmachen und die ihren Hass auf Andersdenkende, anders Aussehende und auf die pluralistische Gesellschaft nicht nur durch Worte, sondern auch durch Gewaltstraftaten zeigen. Zudem versuchen Rechtsextreme in fast allen gesellschaftlichen Bereichen Fuß zu fassen - sei es als Elternsprecher, Trainer oder bei der Feuerwehr.

» Was tut Brandenburg dagegen?

Die Sensibilisierung der Menschen, diese Versuche zu erkennen und sich zu wehren, muss weiter vorangebracht werden. Durch Aufklärung und Weiterbildung wird es den Rechtsextremisten erschwert, sich in gesellschaftliche Prozesse und in demokratische Strukturen einzumischen. Die seit vielen Jahren agierenden Partner des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ waren und sind die richtige Antwort auf diese kranke Denkweise. Da gibt es Angebote im Landessportbund oder dem Landesfeuerwehrverband, nicht zu vergessen die Mobilien Beratungsteams. Es gibt die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten vor Ort durch das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Übergreifend agiert das landesweite gesellschaftliche Aktionsbündnis, dazu kommt höher Aufklärungs- und Verfolgungsdruck durch die Polizei und eine effektive Strafverfolgung durch die Justiz. Die Gegendemos im ganzen Land in den zurückliegenden Monaten

haben gezeigt, dass Aktionsformen der unterschiedlichsten Form geeignet sind, Menschen für das gleiche Ziel zusammenbringen: dem braunen Spuk nicht die Öffentlichkeit zu überlassen.

» Die Zahl der rechtsextremistischen Morde ist umstritten - auch in Brandenburg?

Die Liste der Tötungsdelikte wird weiter überprüft. Ich begrüße deshalb auch das jüngst eröffnete Forschungsprojekt des Moses Mendelssohn-Zentrums Potsdam zur ‚Opferliste‘ rechter Gewalt und hoffe, dass es weitere Aufschlüsse bringen wird. Innen- und Justizministerium werden ihre Unterstützung dazu geben. Brandenburg hat leider aufgrund der Geschehnisse in den neunziger Jahren erheblichen Anlass, die damalige Einschätzung und Bewertung von Tötungsdelikten zu hinterfragen.



Betriebs- und Personalräte stärken: Wirtschaftsdemokratie etablieren!

Am 1. Juni lädt DIE LINKE-Landtagsfraktion zur Betriebs- und Personalrätekonferenz ein - zum Thema „Index Gute Arbeit“. Dazu gehören u.a. ein existenzsichernder, gesetzlicher Mindestlohn und gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) diskutieren wir die Chancen des Index in Brandenburg. Einen Gesetzentwurf zur Mitbestimmung und Verantwortung der Betriebs- und Personalräte in Wirtschaft und Verwaltung beraten wir mit der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeitsgesetzbuch.

Denn für die „Käufer von Arbeit“ - die Wirtschaft - ist alles käuflich, was sie benötigen. Dagegen bleiben den meist ehrenamtlich aktiven Gewerkschaften und Betriebsräten nur das Betriebsverfassungsgesetz und der eingeschränkte Streik. Also muss ein neues, modernes Mitbestimmungsgesetz her.

Wirtschaftsdemokratie ist zu erhalten bzw. überhaupt erst zu entwickeln. Der Gesetzgeber muss Einfluss und Interessenvertretung der Verkäufer der „Ware Arbeitskraft“ stärken. Mitbestimmung, soziale und demokratische Rechte dürfen



nicht noch mehr abgebaut werden. Und: Wir ziehen Schlußfolgerungen für unser Leitbild 2020! Mehr Infos unter: www.dielinke-fraktion.brandenburg.de

Dr. Andreas Bernig
Sprecher für
Arbeitsmarktpolitik und
Gewerkschaften



Netz-Tipp

Den Konferenzablauf auf unserer Netzpräsenz abrufen: Einfach mit dem Smartphone QR-Code einscannen.

Inklusive Schule bleibt bildungspolitisches Ziel der LINKEN



DIE LINKE-Fraktion hat den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Grüne zum Thema „Inklusion im Schulgesetz verankern!“ im

Landtag abgelehnt. Nicht etwa deshalb, weil wir gegen die Inklusion wären – im Gegenteil: Mit den inhaltlichen Forderungen des Antrages haben wir kein Problem, wohl aber mit dem Zeitplan. Wir betrachten die Inklusion als ein umfassendes, langfristiges Reformprojekt. Wir sehen uns auch in der Pflicht, dafür die entsprechenden Voraussetzungen und die Bedingungen für ein gutes Gelingen zu schaffen. Daher halten wir zum jetzigen Zeitpunkt eine Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes, wie von den Grünen gefordert, für verfrüht. Gegenwärtig sammeln 84 Pilotschulen mit der Inklusion Erfahrungen. Diese gilt es genau zu beobachten, zu begleiten und

auszuwerten. Außerdem werden für die inklusive Schule personelle Rahmenbedingungen benötigt, die im Haushalt abgesichert werden müssen. Da dies momentan nicht in erforderlichem Maße der Fall ist, halten wir es für notwendig, eine Schulgesetzänderung intensiv vorzubereiten. Das Ziel ist, bis zum Ende dieser Legislatur die nötigen Voraussetzungen und Vorarbeiten für eine derartig tiefgreifende Schulgesetznovelle zu erarbeiten.

Gerrit Große
Sprecherin für
Bildungspolitik



Initiativen der Fraktionen DIE LINKE und SPD

- ◀ **Große Anfrage 21** zum Thema: Aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus in Brandenburg
Drucksache 5/6005 · beantwortet
- ◀ **Antrag** zum Thema: Einführung einer EU-weit geltenden Frauenquote unterstützen (Mitantragstellerin: B90/Grüne-Fraktion)
Drucksache 5/6990 · angenommen
- ◀ **Entwurf** zum Zweiten Gesetz zur Änderung der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag Brandenburg - 2. Wahlkreisänderungsgesetz - 2. WKÄndG (Miteinbringerinnen: Fraktionen der CDU, FDP sowie Bündnis 90/Grüne)
Drucksache 5/6992 · angenommen

Internet-Tipp: Die Anträge und Debatten im Parlament als Videos:
www.rbb-online.de/imparlament/index.html

KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS
Damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:
L nach dem Lesen weiterreichen!

Agenda Sozial statt Agenda 2010!

Vor zehn Jahren verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) mit der Agenda 2010 den bisher tiefsten Einschnitt in das bundesdeutsche Sozialmodell, zahlreiche Maßnahmen folgten: Das Renteneintrittsalter wurde auf 67 Jahre angehoben, die Senkung des Rentenniveaus von 52,7 auf 43 Prozent beschlossen, Leistungen der Krankenkassen eingeschränkt, die Praxisgebühr von zehn Euro pro Quartal verordnet u.a.m. Zusammen mit den Hartz-Gesetzen hat die Agenda 2010 die soziale Situation Beschäftigter und Erwerbsloser massiv verschlechtert. Ein Ergebnis ist die Ausweitung des Niedriglohnssektors. In Deutschland gibt es 1,3 Mio. Erwerbstätige, die neben ihrem Arbeitseinkommen aufstockende Leistungen beziehen müssen.

DIE LINKE-Fraktion setzt sich für eine Alternative ein - die „Agenda Sozial“ mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der mittelfristig auf zehn Euro erhöht wird. Bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts soll kein_e Vollzeitbeschäftigte_r mehr ein Brutto-Einkommen von unter 1800 Euro erhalten. Wenn die Reallöhne vier Quartale hintereinander sinken, muss es politische Gegenmaßnahmen geben.

Der Regelsatz soll zunächst auf 500 Euro steigen und später durch eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung abgelöst werden. Die Krankenversicherung wird zur solidarischen Bürger_innenversicherung entwickelt - und in die

gesetzliche Rentenversicherung werden alle Erwerbstätigen einbezogen.

Birgit Wöllert
Sprecherin für Sozialpolitik



Die Fraktion bei Facebook:
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8 · 14473 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE

Sven Rosig (Leitung)
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 05
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

PORTRAITS DIE LINKE LTF BRB / Liebe

FOTOS Essende Kinder: IS2/photocase.de, Menora: kamikazeflieger/photocase.de, Menschengruppe: DIE LINKE LTF BRB, Gute Arbeit-Grafik: DIE LINKE LTF BRB/Rosig, Bücher-Kind: luxuz:/photocase.de

LAYOUT; GRAFIK, SATZ: Döring & Waesch, Perleberg; LTF

AUFLAGE 10 000 Stück

DRUCK Gieselmann Druck und Medienhaus,
Potsdam-Rehbrücke

V.I.S.D.P. Thomas Domres (Mdl)

Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen und
direkt zur Internetpräsenz
der Fraktion gelangen

